

Gutachten

Offene Zusammenarbeit

[26.10.2012] Im Rahmen eines Gutachtens haben Forscher des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities (TICC) zehn Ansatzpunkte ermittelt, an denen eine Öffnung von Staat und Verwaltung für die Beteiligung Dritter sinnvoll sein kann.

Der Einsatz von IT hat zwar bereits viele Prozesse des Regierungs- und Verwaltungshandelns vereinfacht, das Potenzial ist aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Darauf weisen Forscher des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities (TICC) an der Zeppelin Universität in dem jetzt veröffentlichten Gutachten „Open Government Collaboration“ hin. Darin illustrieren sie eigenen Angaben zufolge, dass das Internet und Web-2.0-Dienste die Zusammenarbeit verschiedener Akteure signifikant erleichtern können, weil sich Bürger, Nichtregierungsorganisationen oder bislang unbeteiligte Behörden einbeziehen lassen. Die technischen Mittel, die eine offene Zusammenarbeit ermöglichen, seien in der Verwaltung sogar oftmals bereits vorhanden, würden aber nicht eingesetzt, um Dritte einzubinden. In dem Papier werden zehn Ansatzpunkte beschrieben, an denen eine solche Öffnung sinnvoll erscheint. „Politik und Verwaltung haben jetzt noch die Chance, eigene Akzente für die Zusammenarbeit mit Bürgern und Einrichtungen der Zivilgesellschaft zu setzen“, betont Professor Jörn von Lucke, Autor des Gutachtens. „In den kommenden Jahren werden immer mehr Bürger eine echte partnerschaftliche Zusammenarbeit von Regierung und Verwaltung einfordern.“

(rt)

Das Gutachten zum Download

Stichwörter: Open Government, Open Government Collaboration, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities (TICC), Jörn von Lucke